



Pressemitteilung

Ansbach, 05.11.2013

Abhöreinrichtungen der NSA mutmaßlich auch in der Militärbasis Katterbach:

Offene Linke fordert Aufklärung über US-Spionage in Ansbach

„Kündigung der Stationierungsverträge ernsthaft prüfen“ – Lob für CSU-MdEP Manfred Weber

Die Enthüllung des großen Lauschangriffs des US-Geheimdiensts NSA gegen die staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland, das Abhören von Millionen Bürgerinnen und Bürger sowie systematische Wirtschaftsspionage hat die deutsch-amerikanischen Beziehungen in eine weitere tiefe Vertrauenskrise gestürzt.

Als Drehscheiben der Überwachung orwellischen Ausmaßes hat der ehemalige NSA-Agent und Whistleblower Edward Snowden bereits im Juli 2013 US-Militärbasen in Europa genannt. Dies wird auch von deutschen Experten als „sehr wahrscheinlich“ eingeschätzt. Für den neben Ansbach zweiten Kampfhubschrauberstützpunkt der US-Armee in Europa in Wiesbaden-Erbenheim gilt dies inzwischen als erwiesen. Die im August erstmals öffentlich geäußerte Vermutung, dass auch im Stützpunkt Katterbach die NSA Abhöreinrichtungen betreibt blieben bislang unwidersprochen.

Die für den 18. November terminierte Sondersitzung des Deutschen Bundestags zur US-Spionage nimmt die Offene Linke jetzt zum Anlass, die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag auf die mutmaßlichen Schnüffelstandorte innerhalb der Militärbasen hinzuweisen (Anschreiben liegt dieser Mitteilung bei): „Sollte der Verdacht der Spionage von diesen Einrichtungen aus, die laut Verträgen „der US-Armee temporär zum Zwecke der Landesverteidigung der BRD überlassen“ sind, nicht ausgeräumt werden können, muss als Konsequenz die Kündigung der Stationierungsverträge ernsthaft geprüft werden.“

In diesem Zusammenhang verweist die Offene Linke auf das rechtliche Statut der Militärbasen: Diese sind im Gegensatz zur US-Botschaft kein „exterritoriales Gebiet“, sondern im Eigentum des Bundes. Dieser kann somit seiner Pflicht nachkommen, den Straftatbestand der Spionage in US-Basen auf deutschem Boden aktiv aufzuklären und zu unterbinden.

Die einseitige Kündigung von bilateralen Verträgen mit den USA als Mittel zur Wiederherstellung der durch die NSA-Spionagepraxis beschädigte Souveränität der Bundesrepublik hatte vergangene Woche der CSU-Europaparlamentarier Manfred Weber ins Spiel gebracht.

„Der große US-Lauschangriff bedeutet eine Zäsur für das Verhältnis beider Länder. Alle bilateralen Abkommen müssen jetzt auf den Prüfstand: vom Safe-Harbor-Pakt bis zu den Stationierungsverträgen“, betont die Offene Linke. Dies berge auch die Chance, ungelöste Zielkonflikte zwischen Bürgerwohl und Militärinteressen in Ansbach endlich auf die bundespolitische Agenda zu heben.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat